

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei jeder Zustellung ins Haus monatlich 12.— Mk., vierteljährlich 36.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 4.— Mk. von auswärts 5.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 12.— Mk. von auswärts 15.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3280.

Nr. 80

Dienstag, den 4. April 1922

13. Jahrgang

Lloyd George über Genoa.

Im englischen Unterhaus hielt Lloyd George gestern seine angekündigte große Rede über den Standpunkt der englischen Regierung auf der Genueser Konferenz. Damit seine Regierung in Genoa genügend Autorität habe, wünschte er ein Vertrauensvotum des Parlaments. Wenn dieser Antrag abgelehnt werden sollte, so müßte eine andere Abordnung Groß-Britannien in Genoa vertreten. Die Konferenz sei einberufen worden, um die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas zu erwägen, das bis zu einem nie dagewesenen Umfange verarmt sei. Große Mühseligkeiten seien im Anzuge. Die schon mit Steuern überbürdeten Völker hätten noch weitere Lasten zu tragen, um Gefahren, die man fürchtet, abzuwehren. Genoa sei bestimmt gewesen, die beste Art der Wiederherstellung und der Hebung des Wohlstandes zu prüfen. Eine Verhandlung, wie die in Genoa, wäre nicht geeignet, bestehende Verträge einer Revision zu unterziehen, auch dann nicht, wenn eine solche wünschenswert wäre. Unzweifelhaft hätten die nach dem Versailler Friedensvertrag vorgenommenen Grenzänderungen neue wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufen. Lloyd George behauptete ferner, daß die Reparationen eine wirtschaftliche Desorganisation nicht hervorgerufen hätten. Die Schwierigkeit der Lage sei der Tatsache zuzuschreiben, daß Frankreich und Belgien zerstört worden seien. Wenn der Versailler Vertrag geändert würde, so würden die Lasten von Deutschland auf Frankreich und Belgien verschoben werden. Wenn wir auf Zahlung beständen, die die Tragfähigkeit eines durch den Krieg erschöpften Landes überschritten, so würden wir die Krisis beschleunigen, die nicht auf Deutschland beschränkt sein würde. Aber zweitens ist zu erwägen, daß Deutschlands äußerste Leistungsfähigkeit nicht nach seiner Fähigkeit in der Gegenwart zu beurteilen ist, wo es ebenso wie das übrige Europa um die Erhaltung von der Erschöpfung durch den Krieg kämpft. Auch sind diese Fragen nicht dazu angetan, in Genoa entschieden zu werden. Frankreich kann auf das Recht einer Entschädigung entsprechend dem Versailler Vertrage nicht verzichten. Diese Frage könne dem Urteil einer Konferenz, auf der Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Rußland und die Neutralen vertreten seien, nicht unterbreitet werden.

In Genoa werden die Vertreter von 30 Nationen versammelt sein. Diese große Versammlung ist nötig, weil Europa durch den Krieg vom Atlantischen Ozean bis zum Ural verwüstet wurde. Eines der wesentlichsten Probleme, fuhr Lloyd George fort, sei die Wiederherstellung des internationalen Handels. Die Tatsache, daß dieser niedergebroschen sei, berühre Groß-Britannien ganz besonders. Eine der ersten Aufgaben, die in Genoa in Angriff genommen werden müssen, sei die Wiederherstellung der Wechselfurse. Vor allem aber sei es wesentlich, daß ein wirklicher Friede unter den Nationen wiederhergestellt werde.

Das Unterhaus hat das Vertrauensvotum mit 372 gegen 94 Stimmen angenommen. Die unabhängigen Liberalen, die Mitglieder der Arbeiterpartei und einige Unionisten stimmten gegen das Vertrauensvotum.

Die Rigaer Vorkonferenz.

In diesen Tagen waren in Riga Vertreter Rußlands, Polens, Estlands und Lettlands beisammen, um zu der Genueser Konferenz Stellung zu nehmen und eine möglichst einmütige Auffassung in bezug auf die Verhältnisse in Osteuropa herbeizuführen.

Die auf der Rigaer Vorkonferenz angenommene Resolution besagt, daß die Delegierten Estlands, Lettlands, Polens und Rußlands feierlich ihren aufrichtigen Wunsch bezeugen, den Weltfrieden zu sichern und untereinander alle strittigen Fragen auf friedlichem Wege zu entscheiden. Zu diesem Zweck werden sie für die Einschränkung der Rüstungen in allen Staaten eintreten. In bezug auf die wirtschaftliche Erneuerung im Osten halten die Konferenzstaaten es für wünschenswert, die Haltung ihrer Delegierten auf der Genueser Konferenz in Einklang zu bringen. Ausgehend vom Prinzip der repräsentierten Staaten und in Anbetracht des Bedürfnisses nach ausländischem Kredit halten die Delegierten es für notwendig, diesen Staaten die Freiheit des Abschlusses finanzieller und wirtschaftlicher Verträge zu sichern und erklären sich

bereit, gegenseitig die Friedensverträge zu garantieren, die zwischen Estland, Lettland, Polen und Rußland abgeschlossen worden sind. Die Delegierten Estlands, Lettlands und Polens erklären, daß es im Interesse der wirtschaftlichen Erneuerung Osteuropas an der Zeit wäre, die russische Sowjetregierung de jure anzuerkennen.

Aus der russischen Genoa-Delegation nachstehenden Kreisen wird dem Ost-Express folgendes mitgeteilt: Auf der Rigaer Vorkonferenz sei eine Einigung in den wichtigsten in Genoa zur Sprache kommenden Fragen erzielt worden. Die Konferenzteilnehmer hätten sich gegen jede Einschränkung der Freiheit der wirtschaftlichen und finanziellen Transaktionen und somit auch gegen jederlei Konsortiumspläne zum Wiederaufbau Rußlands ausgesprochen. Es sei mit Genugtuung festzustellen, daß die von den Sowjetvertretern auf der Rigaer Vorkonferenz eingebrachten Vorschläge, die auf eine radikale Beseitigung irgendwelcher bewaffneter Konflikte zwischen den Staaten Osteuropas abzielten, wenigstens zum Teil in das Protokoll der Konferenz aufgenommen worden sind. Nur an dem Widerstande des polnischen Vertreters sei es gescheitert, daß die in dieser Richtung noch weitergehenden russischen Vorschläge in vollem Umfange zur Annahme gelangten.

Die internationale Sozialistenkonferenz bedroht.

Wie wir gestern meldeten, war es auf der ersten gemeinsamen Sitzung der drei Internationalen zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Nadek und Wandervelde gekommen. Nun haben die Vertreter der Moskauer Internationale den anderen beiden Internationalen einen Brief überreicht, in welchem sie erklären, daß sie sich bei der jetzigen Situation eine Förderung der Konferenz nicht versprechen. Dieses Schreiben stand gestern nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung der 2. Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft zur Beratung. Die Sitzung wurde ohne endgültiges Ergebnis aufgegeben, da man den beiden Exekutiven Gelegenheit zur Einzelberatung geben wollte. Die nächste Plenarsitzung der internationalen sozialistischen Konferenz soll heute vormittag stattfinden. Man beurteilt jedoch das gesamte Schicksal der Konferenz sehr pessimistisch.

Sollte die Konferenz wirklich scheitern, so trägt neben der ungenügenden Vorbereitung derselben vor allem das provokatorische Verhalten Nadeks daran die Schuld. Seine Entgegnung auf Wanderveldes Forderung nach Selbstbestimmungsrecht der Randstaaten und menschliche Behandlung der politischen Gegner der Bolschewisten war eine holländische Schilke in der Pfanne der bekanntesten Stills, worin die Parteien der 2. Internationale für den Weltkrieg, für die Ermordung von Rosa Luxemburg und alle möglichen anderen Uebel verantwortlich gemacht wurden.

Moskaus Unterstützungsgelder für die deutschen Kommunisten.

Nach einer Meldung des W. L. D. verbreitet eine sozialistische Korrespondenz eine längere Darstellung der finanziellen Beziehungen zwischen der kommunistischen Partei Deutschlands und der Moskauer Exekutive der 3. Internationale. Nach der Darstellung soll die kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1921 monatlich 5 Millionen Mark aus Moskau als Beihilfe bekommen haben. Davon seien monatlich 400 000 Mark zur Deckung des Defizits des kommunistischen Zentralorgans, der „Roten Fahne“, angewandt worden. In der letzten Zeit seien diese Unterstützungsgelder herabgesetzt worden. Auch der Zuschuß der „Roten Fahne“ habe sich auf monatlich 300 000 Mk. verringert. Die Darstellung behauptet weiter, daß das von der Moskauer Exekutive unterhaltene weiteuropäische Sekretariat in Berlin mit den daran angeschlossenen kommunistischen Verlagen Unterstützungssummen von vielen Millionen Mk. erhalten habe. In den Jahren 1919 und 1920 habe Rußland die Mittel für die Unterstützung des Kommunismus in Deutschland hauptsächlich in Form von Perlen und Diamanten gezahlt. Gegenwärtig würden die Hilfgelder in Dollars und anderen ausländischen Währungen gezahlt.

Danziger Fragen auf der nächsten Völkerbundstagung.

Der Kommissar des Völkerbundes in Danzig teilte dem Senat mit, daß die nächste Tagung des Rates des Völkerbundes am 10. Mai d. J. in Genf beginnen wird. Folgende Danziger Fragen stehen auf der Tagesordnung:

1. Danzig-deutscher Rechtsverkehr.
2. Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt.
3. Ausweisung polnischer Staatsangehöriger aus Danzig.
4. Rechtsstellung des polnischen Staatseigentums sowie der polnischen Beamten und Schiffe in Danzig.
5. Ueberwachung und Verwaltung der Weichsel im Gebiet der Freien Stadt.
6. Finanzlage der Freien Stadt Danzig.
7. Endgültige Genehmigung der Verfassung der Freien Stadt Danzig.
8. Flugzeugbau in Danzig.

Zu Punkt 1 bis 5 liegen bekanntlich bereits Entscheidungen des Kommissars des Völkerbundes vor, gegen die von Danziger bzw. polnischer Seite Berufung eingelegt worden ist. Zu Punkt 6 wird der Rat des Völkerbundes nunmehr den Bericht seines Finanzausschusses, der zur letzten Sitzung noch nicht fertiggestellt war, entgegennehmen.

Französische Gespenssterseherei.

Bei der Fortsetzung der Beratung über die Intervention antwortete Ministerpräsident Poincaré auf die Frage, warum er so sehr die militärischen Organisationen Deutschlands fürchte, es sei klar bewiesen worden, daß Deutschland ein regelmäßiges Heer von 250 000 Mann unterhalte und eine Ueberorganisation besitze. Abg. Tardieu sprach sein Erstaunen darüber aus, daß man Deutschland im Jahre 1921 gestattet habe, 250 000 Mann zu unterhalten, statt 100 000. Poincaré erklärte dieses Erstaunen Tardieus für ehrenschelt. Es sei bewiesen worden, daß neben dem regelmäßigen Aktivbestand die Militierten Volkzeitkräfte bewilligt hätten. Der sozialistische Abg. Varenne verlangte, daß die Zweideutigkeit, die durch die Behauptung entstanden sei, Deutschlands Streitkräfte beliefen sich auf 250 000 Mann, aufgeklärt werde. Hierzu bemerkte Briand, im Jahre 1921 habe man mitgeteilt, daß neben dem regelmäßigen Heer unter verschiedenen Formationen eine andere Militärorganisation bestehe. Dem Einwurf des Generals de Castelnau, daß man die Schutzpolizei genehmigt habe, widerspricht Briand. Die Militierten hätten selbst ein Ultimatum gestellt, um die Auflösung der militärischen Verbände zu fordern. Der Vertrag sehe nur lokale Formationen vor. Oberst Faubry sagte, es beständen in Deutschland immer noch 150 000 Mann Schutzpolizei, die als eine Ergänzung der Reichswehr angesehen werden können. Abg. Moutet erklärte, dieser Zwischenfall sei der Beweis dafür, daß man in Genoa die Frage der Entwaffnung Deutschlands behandeln müsse, um dort eine Aera der allgemeinen Entspannung zu eröffnen. Nach Beendigung der Aussprache über die auswärtige Politik der Regierung nahm die Kammer mit 484 gegen 78 Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Zum Tode Karl Habsburg.

Eine Konferenz sämtlicher legitimistischen Parteien Ungarns hat beschlossen, den erstgeborenen Sohn Königin Karls IV. unter dem Namen Otto II. als König von Ungarn zu betrachten, dessen Krönung zurzeit durch höhere Gewalt verhindert werde. Zur Vertretung der Rechte und Interessen des minderjährigen Königs sei die Königinwitwe berufen. Ferner wird gefordert, daß die irdischen Ueberreste des Königs Karl in Ungarn beigelegt werden und der Königinwitwe sowie den Kindern der Aufenthalt in Ungarn gestattet werde.

Die ungarische Regierung hat anlässlich des Todes des Erzkönigs Landesstrauer anlegen lassen. Demgegenüber mutet folgende Nachricht wie ein verspäteter Aprilscherz an:

Budapest, 3. April. (Ung. Tel.-Korr.) Die Staatsanwaltschaft hat diejenigen Blätter, welche die Proklamation der Legitimisten in der Angelegenheit der Auskronung Ottos als König von Ungarn veröffentlicht haben, beschlagnahmt und gegen die Verfasser der Proklamation das Verfahren eingeleitet.

Die gewerkschaftliche Internationale.

Ein Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes besuchte die Nationalen Gewerkschaften des Reiches, um die Internationalen Gewerkschaften zu einer Aussprache über gegenwärtige und politische Fragen, u. a. wurde auch die Frage gestellt, ob es möglich sein würde, in Abrede eine gemeinsame Konferenz des I.G.W. und der Nationalen Gewerkschaften (Moskau) abzuhalten, zumal da eine gemeinsame Aussprache zwischen den Exekutiven der 8 Internationalen zustande gekommen sei.

Einigen erklärte folgendes: Es ist nicht zu betonen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam es begehrt würde, wenn die Einheitsfront politisch wie gewerkschaftlich zustande käme. Ob das in politischer Hinsicht möglich sein wird, wüßte ich nicht zu versprechen. Gewerkschaftlich hätte ich es vorläufig für unmöglich. Als der I.G.W. im August 1910 gegründet wurde und sich ihm so gut wie alle Bundeszentralen angeschlossen, war seine erste Funktion, sich schriftlich an die Gewerkschaften Rußlands, insbesondere an die Kartelle in Petersburg, Moskau und Odessa zu wenden. Unser Bestreben ging dahin, mit der Nationalen Gewerkschaftsinternationalen Verbindung zu erhalten, andererseits der russischen Arbeiterkraft die Hilfe und die Unterstützung der organisierten Arbeiterkraft anzubieten. Obwohl, wie ich aus zuverlässiger Quelle weiß, diese Briefe in Rußland eintreffen sind, ist niemals eine Antwort erfolgt. Ein halbes Jahr später hat der Internationale Gewerkschaftsbund den Vorkont gegen Ost- und Ungarn proklamiert und damit zum ersten Male die europäische Arbeiterkraft zu einer revolutionären Aktion gegen die Regierung eines Staates aufgefordert. In jenem Augenblicke wurde von Rußland aus die Note Gewerkschaftsinternationalen gerichtet, anstatt gemeinsam mit uns den Kampf zur Rettung der vom weißen Terror verfolgten ungarischen Arbeiter zu führen. Dieser Dolchstoß in den Rücken hat den I.G.W. nicht gehindert, als die Regierungen Westeuropas die Absicht hatten, durch große Waffen- und Munitionstransporte Polen in seinem Kriege gegen Sowjetrußland zu unterstützen, wiederum dadurch einzugreifen, daß er an die angeschlossenen organisierten Verbände Aufrufe erließ, die Transporte zu verhindern. Das tatsächlich diese Aktion Erfolg hatte, ist auf dem Kongreß der Nationalen Gewerkschaftsinternationalen in Moskau von Allen anerkannt worden. Trotzdem aber ist die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationalen weiterhin mit einem Strom neuer Verbrechen und Verleumdungen überhäuft worden, anstatt mit uns die Einheitsfront zu bilden. Es ist nicht nur nötig, sondern auch möglich war, gemeinsam der Reaktion entgegen zu treten, ist von den Führern der russischen Arbeiterbewegung nicht unterlassen worden, um die europäische Gewerkschaftsbewegung zu brechen. Bis auf Weiteres sind wir bekämpft worden, und bis auf Weiteres haben wir uns verteidigen müssen, und jetzt plötzlich sollen wir die Einheitsfront herstellen? Wir wären bereit, die Vergangenheit ruhen zu lassen und zu vergessen, was wir den Kommunisten und den ihnen slavisch unterworfenen Gewerkschaften zu verdanken haben (daß die reaktionären Kräfte in ganz Europa wieder erstarbt sind und unsere Bewegung geschwächt ist) wenn wir auch nur einen Augenblick die Überzeugung hätten, daß es den Herren mit ihrer Einheitsfront wirklich ernst wäre. Wir glauben nicht daran und haben allen Grund, nicht daran zu glauben. Denn während sie mit Worten die Arbeiter auffordern, die Einheitsfront herzustellen, setzen sie die Winterarbeit in den Gewerkschaften fort. Die Herren in Moskau werden erst die nötigen Garantien geben müssen, wenn sie ein Zusammengehen mit uns wollen. Die erste Bedingung ist, daß rückständiges Abband genommen wird von der sogenannten Zensurpolitik. Wenn die Note Gewerkschaftsinternationalen den Kampf gegen die Arbeiterkraft nicht einstellt, die ihr nicht anerkennen ist, so besteht die Möglichkeit einer Einigung mit uns, aber wir werden die Einheitsfront ohne sie bilden!

Provokateur Mackensen.

Die „Germania“ brachte einen Artikel, betitelt „Mackensen und die Katholiken“. Es wurde da am 22. März d. J. in Paderborn im Beisein des Generalfeldmarschalls v. Mackensen eine Ehrenfahne eingeweiht, für die Gefallenen der ehemali-

gen Feldjäger-Brigade. Diese Ehrenfahne wurde, wie die „Germania“ betont, ohne Rücksicht auf die Katholiken in der ehemaligen Kirche aufgestellt. Die Einweihung wurde aber ebensolange sträfliche Festsitzung. Der katholische Priester, der in dieser Feier eine trübende Berücksichtigung der katholischen Bevölkerung. Er hat den Generalfeldmarschall um eine Erklärung v. Mackensen antwortete mit einem Briefe, den die „Germania“ als „Verhöhnung der Katholiken“ bezeichnet.

Zweifellos bedeutet die Art der Feier eine große Verleumdung gegenüber dem katholischen Bevölkerungsteil, aber schlimmer noch als die Verhöhnung der Katholiken erscheint uns die Verhöhnung der Republik, die monarchistische Provokation; denn eine Provokation und nichts anderes stellt diese Feier dar. Wie die „Offener Weltung“ schreibt, waren neben Mackensen Prinz und Prinzessin Siegmund von Preußen sowie eine größere Anzahl namhafter hoher Offiziere, u. a. auch der Kommandeur des Bezirksregiments 2, Generalleutnant Freiherr von Hammerstein-Dequoy, anwesend. Der Feldmarschall hielt die Einweihungsrede, die in die Worte auslief:

„Im Allerhöchsten Auftrag Seiner Majestät des Kaisers und Königs senke ich diesen aus seiner Hand empfangenen Marschallstab vor den Namen dieser Toten.“

Nach dem Weiheakt schritt der Feldmarschall die Front des auf dem Marktplatz aufgestellten Regiments und der Kriegervereine der Umgebung ab und hielt eine kurze Ansprache. Dann nahm der Feldmarschall die Parade ab. Ueberflüssig zu sagen, daß die Stadt Paderborn ein Bild altmilitärischen Lebens und Treibens bot, ein Bild aus den „herrlichen Zeiten“, denen uns der Imperator und Kiez entgegengeführt hat.

Ein Unwürdiger.

„Genosse“ Landtagsabgeordneter M. Wendner-Schöneberg wurde wegen schwerer Schlägungen, Kettenhandels, Preiswuchers, Verletzung von untauglichen Nachenschaften zu sechs Monaten Gefängnis und 75000 Mark Geldstrafe verurteilt. Wendner hatte seinerzeit seine Vertrauensstellung als Pressesekretär in der Zentral-Einkaufsgesellschaft (Reichsgründung) zu untauglichen Geschäften mißbraucht. Die Schöneberger Genossen fielen leider auf das große Maulwerk dieses neugeborenen Sozialisten trotz Widerpruchs herein und sorgten dafür, daß er auf die Kandidatenliste zum Landtag kam. Nun hat die Partei die Beförderung Hoffentlich ist das den Genossen eine Lektion für immer. Die Vertrauensseligkeit muß schließlich ihre Grenzen haben. Wir begrüßen gern jeden Genossen, der aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommt, wenn er in unsern Reihen im Vorkampfskampf des Proletariats tätig sein will. Die Partei muß aber überall streng darauf achten, daß Vertrauensstellungen nicht dazu benutzt werden, um persönliche Geschäfte zu machen.

Rührt nicht an dem Achtstundentag.

Der Ausschuß des A. D. G. V. hat in seiner Sitzung am 20. März zum gesetzlichen Achtstundentag folgende Entschlüsse angenommen:

„Gegenüber den Bestrebungen, den gesetzlichen Achtstundentag zu beseitigen und die Arbeitszeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu verlängern, erklärt der Ausschuß des A. D. G. V., daß die Gewerkschaften einem darauf gerichteten Versuch den geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen werden. Der Achtstundentag ist eine durch Vereinbarung mit den Unternehmerorganisationen erzielte und durch die Gesetzgebung sowie durch die internationale Arbeitskonferenz in Washington anerkannte Errungenschaft, die sich die deutsche Arbeiterklasse nicht wieder nehmen lassen wird.“

Die Gewerkschaftsvorstände sind der Überzeugung, daß der Achtstundentag in allen Wirtschaftszweigen durchführbar ist und daß bei der gesetzlich zugelassenen Arbeitszeit keineswegs alle Produktionsmöglichkeiten überall voll und ganz ausgenutzt sind, wie es das Wirtschaftsleben erwarten ließe. Insbesondere ist die technische Vervollkommenung der Betriebe und der Arbeitsmethoden, begründet durch die Walfaktorenkonjunktur, vielfach derartig zurückgeblieben, daß selbst die

rückständigen Unternehmungen noch mit Gewalt arbeiten. Hier würde die Arbeitszeitverlängerung geradezu als Prämissen für den technischen Stillstand wirken.

Die deutschen Gewerkschaften wollen keine schablonenhafte Regelung der Arbeitszeit, die die wirklichen Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens außer acht läßt; sie sind aber davon überzeugt, daß der Weg zureichlicher Vereinbarung genügt, um die Arbeitszeit im Rahmen der bisherigen Gesetze zu lassen und sich bereit, durch tarifliche Regelung die Durchführung des Achtstundentages zu erleichtern. Die Voraussetzungen hierfür ist aber die gesetzliche Anerkennung des Achtstundentages, weshalb die Gewerkschaften jeden Angriff auf diese Position zurückweisen müssen.

Dieser Beschluß des A. D. G. V. hat nicht nur für Deutschland, sondern besonders auch für Danzig Bedeutung.

Handelsabkommen zwischen Polen und Memel.

Am Freitag wurde in Warschau unter dem Vorsitz des Vizehandelsministers Strasburger die Handelskonferenz zwischen den Vertretern Polens und des Memelgebiets beendet. Es wurde in allen Punkten des Vertrages auf Grund der Meistbegünstigungsklausel ein Einvernehmen erzielt. Der Vertrag wird Anfang April in Memel vom französischen Oberkommissar General Pelet und dem polnischen Minister Szarota unterfertigt werden.

Wieder eine aktive Handelsbilanz Deutschlands.

Das Statistische Reichsamt stellt fest, daß auch der Monat Februar der deutschen Handelsbilanz einen Ausfuhrüberschuß gebracht hat. Eine Freude wird an diesem Ergebnis niemand haben, der die Zahlen im einzelnen verfolgt. Ist doch die Menge der ausgeführten Waren gegen den vorangegangenen Monat noch zurückgegangen, so daß die Erhöhung des Ausfuhrwertes um 12 Millionen auf 14,5 Milliarden Mark nur durch die in Papiermark gestiegenen Valutakurse zu erklären ist. Wenn gleichwohl die Handelsbilanz aktiv ist, so kommt das daher, daß die Einfuhr erneut stark eingeschränkt worden ist. Die Einfuhrmenge ist gegen den Vormonat um 8,8 Millionen Doppelzentner auf 14,8 Millionen Doppelzentner zurückgegangen und so hat sich auch der Wert der eingeführten Waren um 0,8 Milliarden auf 12 Milliarden ermäßigt. Der Ausfuhrüberschuß beträgt 2,5 Milliarden Mark. Er ist nicht die Folge eines intensiveren Außenhandels, sondern einer starken Einschränkung der für die deutsche Ernährung und die deutsche Produktion notwendigen Einfuhr. Das Volk hat an Weizen, Dorschfischen und Sämereien, Baumwolle, Eisenerzen und Metall, vor allem dem für die Elektroindustrie wichtigen Rohkupfer das eingespart, was in Papiermark einen übrigens auch nur scheinbaren Ueberschuß der Ausfuhr ergibt. Die Ersparnis erfolgte also am Magen und an der Produktionsfähigkeit.

Preisverhältnisse in Polen. Aus Gnesen wird uns mitgeteilt, daß dort die Preise, aber auch die Löhne und Gehälter stark gestiegen sind. Für den Zentner Kartoffeln werden 3000 bis 4000 Mark für ein Paar Schuhe 15000 Mark gefordert. Der Maurer erhält einen Stundenlohn von 200 Mark. Die Vermögensabgabe hat bewirkt, daß die Landwirte mit den Preisen hoch gehen. Diese Vermögensabgabe wird auch von den Mietern erhoben. Die Hofmieten betragen bisher 100 Prozent Aufschlag. Vom 1. April ab werden sie für Wohnungen um das 40fache erhöht, für möblierte Wohnungen um das 50fache, für Geschäftsräume um das 60fache. Schiebergeschäfte sind auch in Polen beliebt. Es besteht eine starke Ausfuhr nach Rußland, aber auch nach Deutschland. Viel Eier werden nach Frankreich versandt.

Fräulein

Ein Danziger Heimatroman von Paul Enderling.

(Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachf. Stuttgart.)

Fräulein ging. Bei Tiedemanns stand man unter einer zu heißen, bei Brandstätters unter einer zu kalten Decke. Zögerlich steckte sie den Brief in den ersten Briefkasten und fuhr mit der Elektrischen eilends zum Fischmarkt. Denn es war schon spät geworden.

Als Fräulein die kleine Eva Franziskus zu Bett gebracht hatte, begab sich sie an den Abendtisch. Man war fast fertig, aber Fräulein war es gewohnt, später nachzugehen. Nur machte sie sich heute heiden da ja nachher der Familienrat stattfand.

Ein klüchtiger Blick über die Tafel zeigte ihr, daß sie bis auf den Oberlehrer da waren. Sie erschrak: war er krank? Im Trübel dieser Tage hatte sie sich nicht um ihn kümmern können.

Da sagte Frau Görke, wie als Antwort auf ihre unausgesprochene Frage: „Lustel Otto kommt nach dem Essen. Er hat eine Konjunktur.“

Görke ritzte die Stirn. Er kannte diese Konjunktur: der Oberlehrer beschränkte den Verkehr mit der Verwandtschaft auf das Notwendigste. Das machte aber einen schlechten Eindruck auf die anderen, zumal man Hausgenosse war. Es war direkt Mangel an Zivilität.

Tiedemanns brühen lobte den Pudding. „Er ist großartig. Schneid mir noch ein Stück ab, Mannchen.“

„Ach Mannchen, du bist ja schon drei.“

„Da hast du schon mal gesehen, daß ein Stuhl auf drei Beinen steht?“

Frau Tiedemann schrie auf vor Lachen und Entzücken und schloß ihres Gemüths feinen Rücken.

Der Vantar sah ernst und verwehnd zu ihr herüber und schaute Görkes Blick. Der suchte die Achseln.

Tante Maria ließ ihre Augen wie Spürhunde um die Tafelrunde wandern, indes sie langsam das Kompott löffelte.

Tante Tine als wie ein ausgehungertes Sackträger und blickte dabei andauernd auf Thea, die ihr gegenüber saß. Keiner sprach von der Verlobung, die sie doch alle hier zusammengeführt hatte. Görke hatte gewünscht, daß erst nach Tisch darüber geredet werde, und er war gewohnt, daß seine Wünsche respektiert wurden — in seiner Speiditionsfirma ebenso wie in seiner Familie. Im Grunde hielt er sie alle für seine Angehörigen.

Viel gesprochen wurde nicht. Ein Eisbauch von Ungeheimlichkeit wehte durch das hohe Zimmer. Thea sah still geduckt, wie eine Verbrecherin. Plötzlich lachte sie.

Der Papagei, der in der Ecke im verhängten Bauer saß, war durch die Tafelnden munter geworden und versuchte das Tuch nach innen zu ziehen. „Menschchen von Tharau ist's, die — schnarrte er dabei und gleich hinterher: „Schakstopp!“

Frau Tiedemann sprach von dem neuen Dampfer, der nach Ostsee fuhr. Eine richtige Restauration sei darauf. „Sogar Pilsenerbier gibt es, so dick, und Grog von Rum und Arrak.“

Görke kramte etwas von der Verschwendungssucht unserer Zeit. Als ob man nicht ohne Freisen und Gausen die kleine Tour machen könne! „Zu meiner Zeit haben wir gar nicht daran gedacht, solche Touren zu machen. Wir hatten zu arbeiten. Höchstens auf ein Viertelstündchen zum Krümmen Ellbogen hinaus oder zu Nöbeln oder in den freundschaftlichen Garten. Da trank man ein Gläschen Pilsener Bier und war zufrieden. Nicht wahr?“

Brandstätter gab ihm eisrig Recht.

„Schakstopp!“ schnarrte der Papagei.

„Aber natürlich!“ fuhr Görke fort. „Wenn man seine Töchter nach Berlin auf die Universität schickt, statt sie ins Kontor zu stecken...“ Sein Sohn Hermann studierte in Berlin Jurisprudenz, nachdem er zum Kaufmann kein, aber auch gar kein Talent; erwiegen hatte. Dies Studieren, das er nicht kontrollieren konnte, war Julius Görke ein Grauel. Er hatte seinen Sohn im Verdacht, daß ihn auch die teure Jurisprudenz nicht interessiere. Dieser Verdacht war nicht unbegründet.

Es gab noch Kaffee und Zigarren, wie nach einem richtigen Dinner.

Tante Tine sprach zu Elise Brandstätter von ihrem Kaffee zu Hause. „Dieser hier hat nicht das richtige Aroma, weißt du.“ Eine Welle von Fröhlichkeit glitt durch den Raum.

Als Julius Görke die Tafel aufhob, waren alle damit zufrieden, außer Tiedemanns. Alle hatten keine rechte Freude am Essen gehabt, alle, außer Tiedemanns. Bei Görkes sah man immer etwas wie unter einer Gewitterwolke. Alle hatten das dunkle Gefühl, bei einem Borgesetzten dîner zu sein, und Görke gab sich durchaus keine Mühe, diesen Anschein zu zerstreuen.

Seine kalten grauen Augen sahen böse und herrlich herüber. Alle schickten nach seinem Gesche oder lebten davon, wie die beiden alten Tanten.

Das Mädchen räumte den Tisch ab. Fräulein half. Görke gab Thea einen Blick. Sie ging auf den Vater zu, um ihm etwas zu sagen. Aber er winkte ihr ab. „Nachher!“ sagte er. Thea ging hinaus und wartete auf Fräulein.

„Fräulein, sind Sie wenigstens dabei — bei der Vertikalisierung?“

„Nein, nur die Verwandten.“

„Schade, dann hätte ich doch wenigstens einen dabei gehabt, der mir die Wahrheit gesagt hätte.“

Fräulein wollte sagen, daß ja die Eltern und die Schwestern dabei seien, aber Thea war schon die Treppe emporgestiegen in ihr Zimmer.

Kopfschüttelnd sah Fräulein ihr nach. Seit sie sich allein durch die Welt schlug, hatte sie schon so viel gesehen. Aber im Görkeschen Hause gab es täglich neue Rätsel: wo in aller Welt gab es doch noch solche Bräute?

„Brant“ — was für ein schönes Wort! Es war weiß wie reine Perlen und warm und klar. Es hatte den gleichen tiefen Klang wie „Traum“. Fräulein lächelte verloren vor sich hin.

Ein raucher, kurzer Schritt kam die Treppe empor. Der Oberlehrer wurde sichtbar. Er war im Gehrock.

„So feierlich, Herr Oberlehrer?“

„Wird es auffallen? Ich dachte, es sei ein Festtag.“

„Nein, ist ja nicht Verlobung.“

Seine großen Augen blühten sie lächelnd durch die Brillengläser an. „Riechen Sie nichts? Schnüppern Sie mal.“

„Ich rieche nur den Kalbsbraten.“

„Ich rieche Myrten“, sagte der Oberlehrer. „Aber nun muß ich wohl hinein, sonst seht mich mein Herr Schwager einen Platz tiefer.“

(Fortsetzung folgt.)

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 80

Dienstag, den 4. April 1922

13. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Die Preissteigerungen für Lebensmittel.

Das Feuerungsvorhanden, weils groß und klein. Ueber ihre Ursache, herrscht Unklarheit. Darüber ist schon vieles geschrieben und wenn hier wieder die Feder in Bewegung gesetzt wird, so, um die Vertreter der Bevölkerung erneut zu erinnern, schleunigst Vorkehrungen zur Aenderung zu treffen, was nur dadurch geschehen kann, daß man dem Preiswucher energisch zu Leibe geht.

Vor etwa zwei Wochen noch war der Preis für Fleisch fallend. Schweinefleisch kostete etwa 22 Mark. Um dieselbe Zeit erhielten eine Anzahl Fleischer Genehmigung zur Ausfuhr von Schweinen aus Polen nach Danzig. Die Hoffnung wuchs, daß mit Vermehrung des Viehbestandes eine schnellere Senkung des Preises herbeigeführt werden würde. Welt gefehlt. Die polnische Mark stieg von 6 auf mehr als 8. Diejenigen Fleischer, die sich nicht vorher mit billigeren polnischen Rindern eingedeckt hatten, mußten mehr Geld anlegen. Die Folge war ein Anziehen der Preise. Aber nicht nur das Fleisch der teurer eingekauften polnischen Schweine wuchs im Preise, sondern auch die bis dahin billigeren Danziger Vorkentiere wurden verteuert. Edle Menschenfreunde sorgten schon für den Einheitspreis, der sich ganz willkürlich nach dem höchsten Preise richtet. Heute kostet das Fleisch 26 bis 30 Mark.

Milch ist in genügender Menge vorhanden und ist doch nicht billiger geworden. Bei Warenknappheit heißt es stets: „Ja, wäre mehr da, würde sich der Preis senken, die Konkurrenz würde einsehen usw.“ Diese preisfeindliche Konkurrenz auszusprechen hat der „Danziger gemeinnützige Milchverband“ sich zur Aufgabe gemacht. Groß- und Kleinhändler gehören dem Verbands an, wollen ungeliebte Elemente vom Milchhandel fernhalten, wollen Milchhändler, die dem Verbands nicht angehörend, vom Milchbezug ausschließen, also boykottieren, wollen die Verkaufspreise, wie es die Kohlenbarone tun, festsetzen und wollen natürlich ihr eigenes Interesse wahrnehmen. Warum der Verband sich als gemeinnützig bezeichnet, ist nicht recht ersichtlich. Der Grund zur Gründung dürfte wohl darin zu suchen sein, daß gewisse große Firmen fürchten, nach Aufhebung der Zwangsablieferung nicht mehr genügend beliefert zu werden und daß die Konkurrenz dann mit einem etwas geringeren Verdienst vorlieb nehmen würde. — Es ist eine genügende Zufuhr von Milch zu erwarten, denn ein Teil der auswärtigen Molkereien wird nicht das Milchprodukt einziehen und von der teuren Milch Käse herstellen, den er später vielleicht billig verkaufen muß. Allerdings sind die polnischen Preise verlockend. Dort kostet die Milch 80 Mark, d. i. 6,40 deutsche Mark. Seht etwa eine Ausfuhr nach Polen ein, und wäre es nur eine kleine Menge, dann hätten wir auch hier bald die polnische Preissteigerung und den Ausgleich wie beim Schweinefleisch.

Käse, der im Oktober vorigen Jahres 14 Mark kostete, preist heute etwa 22 Mark. Wer davon noch eine Menge hat, macht ein gutes Geschäft.

Eins der notwendigsten Nahrungsmittel, die Kartoffel, ist in unerschütterlicher Weise verteuert worden. Auf der Danziger Bekanntmachung über Abänderung der Verordnung gegen Preisstreiber vom 15. 7. 1920 wird der Preisstreiber strafrechtlich, wenn er den Marktpreis nimmt. Dasselbe Kartoffel, die Anfangs 1921 40 Mark kostete ist auf 200 Mark gestiegen. Hat jemand für Kartoffeln 30 Mark gezahlt, sie zurückgehalten, und heute mit 200 Mark verkauft, müßte er, nach dem Volksempfinden, bestraft werden. Dem ist aber nicht so. Die Verordnung gegen die Preisstreiber vom 8. 5. 1918, die solchen Wucher mit Strafe belegte, wird durch oben angeführte Bekanntmachung unwirksam gemacht. Fordert der Kartoffelbesitzer den — wenn auch künstlich erhöhten — Marktpreis, ist er ein Ehrenmann. Sonderbare Rechtspflege in Danzig. Aus Polen sind bekanntlich Kartoffeln zu uns gelangt, die auch auf den Preis einwirkten. Selbst wenn dem Erzeuger Zugeständnisse gemacht werden, ist die Erhöhung des Kartoffelpreises eine unverantwortliche.

Das Begräbnis der Breitlinge rief kürzlich eine Erregung in der Bevölkerung hervor. Durch Verordnung wurde die Ausfuhr beschränkt. In den nächsten Tagen gab es Breitlinge für 250 Mark das Pfund. Sehr bald verlor sich dieser Schein. Die Breitlinge waren wieder knapp geworden und kosteten 450 Mark. Die Großhändler kauften die Fische, um sie rändern zu lassen und mehr zu verdienen. Brutaler Eigennutz fordert von der Nahrung suchenden Bevölkerung Opfer, noch mehr — viel Geduld.

Wo gibt es Lohnwucher? Welcher Arbeiter hat sich der übermäßigen Preissteigerung schuldig gemacht? Die Löhne sind den Preisen noch lange nicht gefolgt, sie bleiben stets im Rückstand. Das ergibt eine Verelendung. Und nur wenige Nahrungsmittel sind genannt, es fehlen noch mehr, auch Kleider und Schuhe.

Führer des Volkes, macht die Augen auf! So darf es nicht weiter gehen! Wenn der gute Wille vorhanden ist, lassen sich Maßnahmen finden, um der Wucherwelle Herr zu werden. Selbst in bürgerlichen Parteienkreisen bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß man das „freie Spiel der Kräfte“ nicht schrankenlos ausstoben lassen darf, da dabei die gesamte Bevölkerung zugrunde gerichtet wird. Wohlun denn ans Werk! Erst indem der Staat den Verkauf und die Ausgabe der Lebensmittel übernimmt und alle Zwischenhändler ausschaltet, die heute zwischen Produzenten und Verbrauchern stehen und nicht nur die Waren unnötig verteuern, sondern sich bei den Produzenten gegenständig den Rang abzulaufen versuchen und dabei die Preise hochtreiben, wird der Wucher beseitigt werden.

Kunstgewerbliche Fortbildung.

Von der Pressestelle des Senats wird uns geschrieben: Es muß jedem Denkenden klar sein, daß die Zeit immer größere Anforderungen an jeden von uns stellt und stellen wird. Jedem, der die Pflicht hat mitzuhelfen, daß ein tüchtiges Geschlecht erzogen werde, wird deshalb heutzutage in erhöhtem Maße daran liegen müssen, alle Gelegenheiten zu

erkennen, die sich in dieser Richtung bieten. Deshalb sei hiermit wieder einmal darauf hingewiesen, daß an der Kunstgewerbeabteilung der Danziger Handwerkerschule neben den älteren eine Anzahl jüngerer Fachklassen für den freiwilligen Unterricht besteht, die zwar in erster Linie der Weiterausbildung des im Beruf stehenden Handwerkers dienen sollen, aber auch allgemein der Beachtung künstlerisch interessierter Kreise zu empfehlen sind. Die Stunden sind so verteilt, daß dem, der die Tagesskassen (8-12, 2-5) nicht besuchen kann, in den Abendstunden (5-8) Gelegenheit geboten wird, seine Kenntnisse und Fertigkeiten in mancher Hinsicht zu erweitern. Es seien Handwerker jeder Art vor allem hingewiesen auf „Aufnahme und Zeichnen kunstgewerblicher Arbeiten, Anfertigungen von Werk- und Architekturzeichnungen“, wo der strebsame Lehrling oder Geselle sich einerseits in künstlerischem Sehen und Zeichnen weiterbilden kann, andererseits Gelegenheit erhält, gute Handwerksarbeit genau kennen und darstellen zu lernen. Dem handwerklichen Talent

Sozialdemokratischer Verein Danzig.

Heute, Dienstag, den 4. April, in der Hilfsschule Heilige Geistgasse 111, abends 8 Uhr, Vertretersitzung abends 1/8 Uhr,

Vertrauensmännersitzung.

Thema: 1. Maifeier. 2. Verschleбенes. Vollzähliges Erscheinen der Bezirksvertreter resp. Vertrauenspersonen erforderlich.

bietet sich hier die Möglichkeit einer guten Vorbereitung für sein späteres Fach und zu allerlei Anregungen in allgemein künstlerischer Hinsicht.

Ferner sei auf die Bildhauerschulassen aufmerksam gemacht, in denen das plastische Arbeiten in jedem Stoff, Modellieren, Formen, Schnitten usw. gelehrt wird, und auf die Schriftklassen, in denen das Schreiben und Malen von Schriften aller Art gelehrt wird, eine Tätigkeits, die nicht nur den Schriftkünstler oder Maler, sondern jedem Handwerker überhaupt zu empfehlen ist. Der allgemein künstlerische Schulwert erster Schriftstudien ist ja immer beachtlich geworden. Schließlich seien Frauen und Mädchen auf die im vorigen Halbjahr eröffnete Klasse für die Pflege der verschiedensten weiblichen Kunstbetätigungen aufmerksam gemacht.

In alle zuständigen Stellen sei hierdurch die Aufforderung gerichtet, den jungen Nachwuchs auf die Möglichkeit der Weiterbildung hinzuweisen und unter den Handwerkern für die Benützung dieser öffentlichen städtischen Einrichtung nachdrücklich zu werben, die natürlich ihren Zweck nur dann voll erfüllen kann, wenn von ihr hinreichend Gebrauch gemacht wird.

Näheres ist aus der Bekanntmachung im Anzeigenteil dieser Zeitung zu ersehen. Weitere Auskunft wird im Geschäftszimmer der Handwerkerschule (Nur der großen Mühle) und von jedem Lehrer der Kunstgewerbeabteilung erteilt.

Weiters beachtenswert ist der Umstand, daß die geringen auszuwendenden Mittel jedem den Besuch der Kunstgewerbeschule ermöglichen. Kostet doch beispielsweise der Unterricht bei drei Wochenstunden für das ganze Halbjahr nur 30 M. Nebenbei, die tüchtig und fleißig sind, kann auch teilweise oder völlige Befreiung von allen Kosten erreicht werden.

Änderungen im Eisenbahnsfahrkarten-Verkauf.

Das Reisebüro auf dem Danziger Hauptbahnhof ist mit dem 31. März als amtliche Fahrkartenausgabestelle geschlossen worden. An ihm wird vom 1. April ab nur noch Kaufkraft erteilt, außerdem findet dort Bettkartenverkauf für Schlafplätze im Nachschneellzuge D 11 Danzig-Berlin von 1 Uhr nachmittags des Verkehrstages statt, soweit Bettplätze noch verfügbar sind. Fahrkarten, deren Gültigkeit für den Reiseantritt auf den Freitag beschränkt ist, werden nur noch ausgeben an den Fahrkartenschaltern in der Bahnhofshalle und in den privaten Reisebüros: „Norddeutscher Pfund“, Sohes Tor, Fernsprecher Nr. 1777, „Waltropa“, Grünes Tor, Fernsprecher Nr. 1738, und „Orbis“, Heilige-Geistgasse 134, Fernsprecher Nr. 6275.

In diesen Reisebüros sind auch erhältlich: Bettkarten für den Zug D 11 bis nachmittags 1 Uhr und Platzkarten für denselben Zug bis nachmittags 5 Uhr des Verkehrstages. In den privaten Reisebüros können Fahrkarten schon 7 Tage vor dem Reiseantrittstage gelöst werden. Solche Fahrkarten werden mit dem vom Reisenden anzugebenden Reiseantrittstage abgestempelt. Für den Vorverkauf ist ein Aufschlag von 1/4 Prozent des tarifmäßigen Fahrpreises zu zahlen. Für Bettkarten und Platzkarten ist ein Aufschlag nicht zu zahlen.

Die Osterferien im Freistaat. Die Osterferien für Volks-, Mittel- und höhere Schulen, Seminar und Präparandenanstalt im Freistaat, die in früheren Jahren mit Freitag vor der Karwoche ihren Anfang nahmen, beginnen in diesem Jahre am Sonnabend, den 8. April, nach Schluß des schulpflichtigen Unterrichts und dauern 16 Tage, so daß der Unterricht in sämtlichen Lehranstalten am Dienstag, den 25. April, wieder aufgenommen wird.

Vor dem Schwurgericht wird am 7. April verhandelt gegen den Arbeiter Johann Balsam aus Weitzfelde wegen Brandstiftung. Voraussetzlich werden weitere Schwurgerichtssachen nicht mehr zur Verhandlung kommen.

Als gestohlen sind von der Kriminalpolizei angehalten 1 braune gepreßte Leder-Aktenmappe und 1 braune gepreßte Leder-Handtasche, enthaltend ein weißes Taschentuch mit in weißer Seide gestrickten Buchstaben T. S. und einen Beutel mit 100 Pfennigen.

Gesundheitspflege für Schulkinder.

Wenn, wie es immer heißt, die Jugend unsere Hoffnung auf die Zukunft ist, so ist es mit dieser schlecht bestellt. Was schon der Augenschein lehrt, wird auch von der Statistik bestätigt, daß nämlich der Gesundheitszustand der Kinder ein überaus bedenklicher ist. Es ist das Verdienst der Quäterspeltung, in allen größeren Orten eine bisher sonst nicht übliche ärztliche Untersuchung der Schulkinder veranlaßt zu haben. Nach den einschlägigen Anweisungen wurden die Kinder je nach ihren Gesundheitsverhältnissen in drei Gruppen geteilt. Es ergab sich meist, daß nur etwa ein Drittel der Kinder in einem normalen Zustand sich befand. Durch allgemeine Umfrage ist festgestellt, daß 52,5 v. H. der Schulkinder in höherem Grade unterernährt sind. Die Tuberkulose der Schulkinder hat seit 1918 um das Dreieinhalbfache zugenommen. Besonders sind es immer die jüngsten Altersstufen, deren Gesundheits- und Kräftezustand ungenügend ist. Die Sterblichkeit der Kinder von 6 bis 15 Jahren ist teilweise von 2,9 v. H. im Jahre 1914 auf 5,8 v. H. im Jahre 1920 gestiegen.

Die Ursachen dieser Feststellungen liegen im Kräfte- und den Kräfteverlusten. Die Knappheit an Nahrungsmitteln und ihre unerschwinglichen Preise über ihre nachteiligen, gesundheitsschädlichen Wirkungen aus einer Reihe von Gründen besonders auf die Jugend aus. Was aber hier an dem lebenden Menschen gesündigt wird, ist in seinem ganzen Leben nie wieder gut zu machen. Auch die Ansprüche, die die Schule stellt, können von dieser mangelhaft ernährten Jugend nicht mehr erfüllt werden, ohne daß der gesundheitliche Zustand abermals darunter leidet. Auch das läßt die Zukunft trübe erscheinen: Denn der Satz, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnt, gilt nicht nur für den Einzelmenschen, sondern auch für ein ganzes Volk.

Unter diesen Umständen ist es um so trauriger, daß die Zahl der Schulärzte noch immer verhältnismäßig sehr gering ist. Mit Recht erscheint die gesundheitliche Überwachung der Schulkinder in verstärkter Weise notwendig. Nach den bestehenden Einrichtungen sind die Schulärzte allein aus den Mitteln der Gemeinden zu bezahlen; der Staat gibt dazu keine Zuschüsse. Abgesehen davon, daß die Gemeinden bei ihrer heutigen Finanzlage wenig Geld für Schulärzte haben, kommt noch dazu, daß in vielen Städten die Ärzte sich nur hauptamtlich aufstellen lassen wollen.

Die preussische Regierung ist nun in eine Prüfung der Frage eingetreten, inwieweit andere Kreise, besonders die Träger der Sozialversicherung, zur Lastendeckung herangezogen werden können. Zur Besprechung der Frage fand kürzlich eine Konferenz im preussischen Volksbildungsministerium statt. Zugegen waren Vertreter der Städte- und Gemeindeorganisationen, der Krankenkassenhauptverbände usw. Ein Ueberblick über die Entwicklung der Schulärztlage ergab, daß nur in wenig Städten hauptamtlich angestellte Schulärzte vorhanden sind. Man hat den Nutzen des vorbeugenden Heilverfahrens vielfach noch nicht erkannt. Die Träger der Sozialversicherung wurden daher gebeten, Mittel für den Ausbau des Schulärztlages zur Verfügung zu stellen. Im Anschluß hieran schiederte der Direktor der Ortskrankenkasse Köln die von den Kölner Krankenkassen eingerichtete Kinderfürsorge auf der Grundlage der Familienhilfe, wie sie die Reichsversicherungsordnung vorsieht. Von den Schulärzten bezeichneten Kindern werden Arzneien, Nahrungsmittel, Krankenhauspflüge, Wäcker, wenn es nötig ist auf die Dauer von 26 Wochen, gewährt. Mit fünf Wäcker sind zurzeit vertragliche Vereinbarungen über Aufnahme erholungsbedürftiger Kinder getroffen. Eine Fürsorge kommt natürlich nur jenen Kindern zugute, deren Ernährer Mitglieder der Ortskrankenkassen sind. Für die nichtversicherten Kinder übernimmt die Stadt Köln die gleichen Leistungen. Die Krankenkassen Köln haben mit einem Aufwand von 20 Millionen Mark, die Stadt mit einem solchen von 5 Millionen Mark jährlich für diesen Zweck zu rechnen.

Die Vertreter der großen Krankenkassenverbände erklärten, daß die Krankenkassen den Gemeinden Mittel zur Aufstellung von Schulärzten nicht zur Verfügung stellen können. Man sei aber bereit, in verstärkter Weise auf die Kosten einzuwirken, sich der Kinderfürsorge anzunehmen. Soweit Schulärzte nicht vorhanden sind, um hilfsbedürftige Kinder auszusuchen, müßte dies durch die Kassenärzte erfolgen. Die Aufstellung von Schulärzten durch die Gemeinden müsse zum gesetzlichen Zwang erhoben werden. Die notwendigen Mittel seien im Verhältnis zu dem Gesamtumfang der Gemeinden ganz geringfügig. Die anwesenden Vertreter der Gemeinden blieben aber dabei, daß diese in so großen wirtschaftlichen Nöten seien, daß sie zurzeit die Mittel für die Aufstellung von Schulärzten nicht aufbringen können.

Das Ergebnis der Aussprache wurde dahin zusammengefaßt, daß die Kinderfürsorge gefördert werden müsse. Die Krankenkassen seien arbeitsfähig bereit, die erforderlichen Untersuchungen durch die Kassenärzte vorzunehmen, wo die Familienhilfe besteht. Die näheren Vereinbarungen seien erteilt zu treffen. Die preussische Regierung habe die Absicht, dafür zu sorgen, daß zunächst alle Städte bis herab zu 15 000 Einwohnern die Aufstellung von Schulärzten bewirken. Diese Aufstellung könne auch nebenamtlich erfolgen.

Die Kinderfürsorge würde nach unserer Meinung ein gewaltiges Stück vorwärts kommen, wenn die Familienhilfe durch die Krankenkassen zur allgemeinen obligatorischen Einführung käme. Man kann eigentlich nicht verstehen, daß dies noch nicht geschehen ist. Das Wohl aller hat das oberste Gebot zu sein. Wenn ein Gesetz die Aufstellung von Schul-

159751
Gosda's Gekachelter
(garantiert rein)
für Qualitäts-Schnupfer.
Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 5.

Wunden werden nicht, sondern durch die Mittel verschafft werden. Denn nicht ist so wichtig, als unsere Jugend gesund zu erhalten. In die Mittel für die Gesundheitspflege würden aber zum größten Teil ausschließlich verausgabt werden, wenn der Staat nicht Vorkehrungen trifft, um die Ernährung der breiten Massen an erschwinglichen Preisen sicherzustellen.

Bureauausbau am Rarrenwall.

Die **Bureauvermehrungsbauhaft Westpreußen** beabsichtigt, das an 300 Quadratmeter große Gelände gegenüber der Reichsbank am Rarrenwall von 800 Mark pro Quadratmeter von der Stadt zu erwerben. Der Kaufpreis beträgt etwa 2 Millionen Mark. Aus dem Gelände soll ein Bureauausbau errichtet werden. Die beteiligten Kaufschiffe haben ihre Zustimmung gegeben. Die am Dienstag stattfindende Stadtverordnetenversammlung hat über den Verkauf des Geländes zu entscheiden. Mit dem Bau soll dann sofort begonnen werden. Das Gelände sollte ursprünglich andere Verwendung finden. Ein Theaterneubau sollte hier entstehen, auch die Errichtung eines Volkshauses an dieser Stelle wurde eine Zeitlang lebhaft erörtert.

Ein guter Enkel. Der Arbeiter **Hertz v. M.** in Danzig hatte sich wegen Betruges und Unterschlagung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Sein Großvater hatte vom Schiffsführer zwei Reisegeldscheine erhalten und untergehehlt. Der Angeklagte ging nun auf diese Stelle hin und sagte, sein Großvater lieh ihm ein Reisegeldscheine. Ihm wurde dann auch ein Reisegeldscheine, und der Enkel verkaufte es dann zu seinem Gunsten. Sein Großvater wußte von der ganzen Sache nichts. Ferner ließ er sich auf einer anderen Stelle einen Handwagen, um sich Dorf nach Hause zu fahren. Auch hier betrug er sich auf seinen Großvater. Der Großvater wußte aber auch davon nichts. Der Angeklagte hatte auch seinen Dorf, sondern verkaufte den Handwagen und behielt das Geld für sich. Wegen Betruges und Unterschlagung wurde er zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Unterschlagung aus Not. Der Handlungsgehilfe **H. K.** war in einem Danziger Geschäft als Verkäufer tätig und verkaufte hier einen Mantel für seine Rechnung. Er forderte für den Mantel 1050 Mk., ließ ihn aber für 900 Mk. Er sagte zu dem Käufer, er könne mit dem Mantel hinten herausgehen und das Geld gleich an ihn zahlen, was denn auch geschah. Die 900 Mk. wurden aber nicht abgeliefert. H. K. hatte sich nun vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er entschuldigte sich mit seiner Not, denn sein Monatsgehalt betrug nur 900 Mk. Das Gericht verurteilte ihn wegen Unterschlagung zu 300 Mk. Geldstrafe.

Freiwilligenlebenshaft. Der Arbeiter **D.** in Oliva, jurztelt in Haft, verübte in Oliva einen Einbruchdiebstahl und entwendete dabei ein Stück Freiwilligen in Werte von 2000 Mark. Der Freiwilligen wurde nach Polen verkauft. Auf einer andern Stelle hat **D.** 4 Hühner im Werte von 200 Mark. Er stand nun vor dem gemeinsamen Schöffengericht, das ihn wegen schweren Diebstahls in zwei Fällen zu einem Jahr Gefängnis verurteilte.

Aus dem Osten.

Königsberg. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte der Königsberger Oper eine Subvention von 70000 Mark. Für Verbesserungen wurde ein Zuschuß von 85000 Mark bewilligt. Anträge auf Erhöhung der Summe auf 70000 Mark um Königsberger Turnern die Teilnahme an den Kampfspiele im Berliner Stadion und an den großen Arbeiterspielen in Leipzig zu ermöglichen, wurden abgelehnt. Es wurde ferner ein Antrag angenommen, der die Anstellung eines Schulrats verlangt.

Königsberg. Kindesmord? Vor dem Sachheimer Tor wurde am Sonntag die in weiße Seidwand eingewickelte Leiche eines etwa acht Tage alten Mädchens aufgefunden. Eine zweite Kindesleiche wurde am Sonntag morgen in einem Abteil der Damentafel auf dem Gronauer Bahnhof aufgefunden. Es handelt sich um einen reuengeborenen Knaben. Die Leiche war in einen sauberen weißen Pagen und in einen ganz neuen Vogen blaßgelben Packpapier eingeschlagen, der ohne Zweifel zu diesem Zwecke besonders gekauft ist.

Königsberg. Erschossen wurde gestern Abend Ede Trappheimer Kirchenstraße und Wallische Gasse der Kellerer Paul Berg, auf dem Sachheim wohnhaft. Er hatte Streit mit einem anderen Manne, in dessen Verlauf der Schuß fiel. Der Mann wurde nach der chirurgischen Klinik gebracht, wo jedoch nur noch der Tod infolge Bauchschusses festgestellt werden konnte. Der Täter wurde später in der Person des Chauffeurs Paul Strahl in einer Gastwirtschaft verhaftet. Die Beteiligten waren, in einem Restaurant in der 2. Nischstraße zusammen, gerieten dort in Streit, wobei der Erschossene einem anderen Chauffeur einen Messerhieb verleierte. Von dem Verhafteten wurde der Mann Angeklagte verfolgt und auch eingeholt. Weil er selbst einen Messerhieb in die Hand erhielt, muß er zur Pistole gegriffen haben und aus Notwehr blindlings drauflos geschossen haben. Ein Schuß traf den Unglücklichen so, daß sein Tod dadurch herbeigeführt wurde.

Drausberg. Ein toller Einbrecherkreuz ist in der Nacht zum 30. März beim Ackerbürger W. Abbau Reichardt, angehehrt. Ein bislang noch nicht ermittelter Mensch, der mit den Verhältnissen in dem Haus am bekannt geworden sein muß, ließ nichts durch ein Fenster in die sogenannte „Reservekammer“, tat sich an den dort aufbewahrten Speisen und Getränken ausgiebig gütlich und legte sich dann in das aufgeschaltete „Reservebett“ zur Ruhe. Wegen Morgenland er in aller Seelenruhe auf, stürzte in einem Schrank Umbau nach stehenden Kleidern und zog einen Gehrock an, der des W. an. Um seine „Neben dabei“ zu entfernen, dachte er noch einige Frauen- und Kinderkleider zusammen; auch eine Briefschachtel mit 20 Mark ließ er nicht unbeachtet und verschwand, den Türen nach zu schließen, in der Richtung nach Schließgehnen. Als W. zufällig in die „Reservekammer“ kam, war das Bett noch warm, der unwillkommene Gast aber verschwunden.

Trenschadt. Verkrachte Sienerbeträger. Mit je 1000 Mark bekracht wurden das A. Frieskornische Ehepaar aus Guldien (als Käufer) und das Weiser Alb. Teschelsche Ehepaar früher in Guldien jetzt in Grunau, Kreis Marienburg, vom Finanzamt in Rosenburg, weil sie in dem letzteren abgeklärten Kaufvertrag den Kaufpreis um 40000 Mark zu niedrig angegeben haben, um weniger Grundbesitzer zu zahlen.

Meckeln. Wegen fahrlässiger Tötung eines am 12. November 1921 geborenen unehelichen Kindes hatte sich die Schneiderin Gertrud Kiekmann aus Wartenburg vor der Sitzkammer Meckeln zu verantworten. Die R. will am Abend des 12. November mit dem Kinde im Bett gewesen sein. Das Kind mußte auf natürliche Weise ums Leben gekommen sein. Es ist festzustellen, daß das Kind durch Erstickung eingetreten ist. Das Urteil lautet auf 1 1/2 Jahre Gefängnis.

Hummelberg. Beim Schießen verunglückt. Der Himmelsdrilling Gerhard Schille erlitt auf dem Hohenbogenschen Bauplatz einen schweren Unfallsfall. Der Begehr war an einem mit elektrischer Kraft getriebenen Schützengestell beschäftigt. Der Stütz zerbrach und das große Stück flog dem D. an den Kopf und verletzte ihn derartig, daß er bewußtlos zusammenbrach.

Volgin. Das „Volginer Tageblatt“ stellt mit der am Mittwoch abend erscheinenden Nummer unter dem Zwange der wirtschaftlichen Verhältnisse des Zeitungsgewerbes sein Erscheinen ein.

Rosberg. 28 000 Mark verjubelt. Ein in einem hiesigen Hause angestellter Techniker, der von seinem Chef mit dem Einkassieren von 28 000 Mark beauftragt war, hatte den gesamten Betrag in Rüge in leichtsinniger Gesellschaft bis auf den Rest von 841 Mark verjubelt. Der Uebelthäter wurde von der Polizei verhaftet.

Schneidemühl. Zwei Kinder ertranken. Die beiden 8 bzw. 6 Jahre alten Söhne von zwei Eisenbahnbeamten verunglückten sich auf dem nur schwachen Eise. Sie brachen plötzlich an einer tiefen Stelle ein und ertranken. Ihre Leichen konnten bald darauf geborgen werden.

Palmdalen. Der Streik im holländischen Bergwerk hat nach achtwöchiger Dauer sein Ende erreicht. Die Abstimmung in der letzten Betriebsversammlung ergab eine erdrückende Mehrheit für die Arbeitsaufnahme. Ein Teil der gestellten Forderungen ist bewilligt worden.

Tilfit. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang hat sich in Ueberwemal zugetragen. Der Schlosser Schlenkner war mit Langholzfahren beschäftigt. Hierbei stürzte er vom Wagen, wurde überfahren und starb bald darauf.

Gewerkschaftliches.

Gründung einer freigewerkschaftlichen Beamtenzentrale. Der Eisenbahnerstreik und die Diskussion über das Beamtenrecht wie überhaupt über die sozialpolitische Stellung des Beamten, die er im Gefolge hatte, hat auf die Frage des gewerkschaftlichen Klassenkampfes der Beamten wieder in den Vordergrund gerückt. Insbesondere hat die ungewerkschaftliche Art, mit der der Streik von der dem Deutschen Beamtenbund angehörenden Reichsgewerkschaft eingeleitet und durchgeführt worden ist, dazu geführt, daß in weiten Kreisen der unteren und auch Teilen der mittleren Beamtenschaft der Wunsch an die freien Gewerkschaften vollzogen oder doch in Erwägung gezogen wurde. In diesem Zusammenhang ist es von Wichtigkeit, daß soeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und vom Allgemeinen freien Angestelltenbund eine freigewerkschaftliche Beamtenzentrale für alle diejenigen angeschlossenen Verbände, die Beamte organisieren, also in erster Linie für den Transportarbeiterverband und den deutschen Eisenbahnerverband, aber auch für den Zentralverband der Angestellten und den Bund der technischen Angestellten und Beamten, gegründet worden ist. Die Satzungen der Beamtenzentrale enthalten als wichtige Aufgaben: Gegenseitige Unterstützung in der Werbung von Beamten für die freien Gewerkschaften und in der Vertretung der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Beamteninteressen, Sammlung und Verarbeitung des gesamten einschlägigen Materials und Durchführung der Wahlen für die gesetzlichen Beamtenvertretungen. Die Gründung dieser freigewerkschaftlichen Beamtenzentrale bedeutet die offizielle Grundsteinlegung für die freigewerkschaftliche Organisation der Beamten, die natürlich für das Problem des Beamtenrechts und der Demokratisierung der Verwaltung von allergrößter Bedeutung ist.

Christlich gewordene Kommunisten. Die Betriebsräteahlen bei der Berliner Straßenbahn ergaben die Wahl von 26 freigewerkschaftlichen und 4 christlichen Vertretern. Von den 26 freigewerkschaftlichen Vertretern sollen nur 3 Kommunisten sein. Bisher hatte die Straßenbahn 268 Betriebsräte, da jeder Bahnhof und jede Werkstätte ihren eigenen Betriebsrat hatte. Von den 268 Betriebsräten waren über die Hälfte Kommunisten, während die Christen und Hirsch-Dunderlichen keine Vertreter hatten. Die Straßenbahn gilt jetzt unter Verujung auf § 9 des Betriebsrätegesetzes als Betriebsorgan nach Auffassung des Magistrats, so daß die Zahl der Betriebsräte auf 80 beschränkt wurde. Es ist nicht Neues, daß wildgewordene Indifferente und Gelbe von einem ins andere Extrem verfallen. Die kommunistischen Methoden führen zu nichts Rechtem, so daß ihre Anhänger nach der ersten Probe jeden Boden unter den Füßen verlieren und schließlich christlich oder gelb werden, solange es ihnen an dem Kompaß der sozialistischen Weltanschauung fehlt, der sie die Dinge erkennen und richtig beurteilen läßt.

Für eine Zwangsorganisation der Arbeiter in Spanien machen die Unternehmerverbände Spaniens lebhaft Propaganda. Sämtliche Arbeiter müßten demnach nach Berufen in Zwangsorganisationen zusammengefaßt werden. Auf diese Weise hoffen sie die Gründung und das Bestehen der auf Grundlage des Klassenkampfes stehenden freien Gewerkschaften zu verhindern. Sonst pflegen die Unternehmer im Namen „der Freiheit“ gegen die Arbeiterorganisationen aufzutreten, in diesem Fall müßten sie die ihnen gefällige Organisation a n a n g s w e i e errichten. Die Klassenbewusste Arbeiterschaft bekämpft diesen Plan auf das heftigste.

Aus aller Welt.

Von einer Lawine verschüttet. Die Nachforschungen nach den vermißten Touristen von Opel und Say im Großglocknergebiet haben zu der Annahme geführt, daß beide von einer großen Lawine zwischen Seilgebirg und dem Glognerhause erfasst worden sind. Die Lawine war derart tief, daß eine Bergung der Leichen unmöglich erscheint.

Wittweck-Lynchtage in Berlin. Aus Berlin wird gemeldet: In der Nacht zum Sonntag war in der Stralauer Allee in Berlin der Uhrmacher Horning mit drei Männern in Streitigkeiten geraten und hatte, als er von ihnen angegriffen wurde, einen der Männer erschossen und einen anderen schwer verletzt. Horning, der zunächst verhaftet wurde, wurde wieder freigelassen, da er in Notwehr gehandelt hatte. Gestern abend versuchten nun drei Männer gewaltsam in seine Wohnung einzudringen, um an ihm Rache zu nehmen. Horning stellte sich ihnen mit einem Revolver entgegen und erschloß den einen der Eindringlinge. Die beiden anderen ergriffen die Flucht. Horning wurde darauf von einer nachlaufenden (?) abflühen Menschenmenge umstellt, die den Versuch machte, in seine Wohnung einzudringen, um ihn zu lynchen. Die von ihm alarmierte Schutzpolizei mußte erst, um an das Haus heranzukommen, mehrere Schreckschüsse abgeben, ehe sich die Menge zerstreute hatte. Horning wurde in Schutzhaft genommen. Die beiden gestrichelten Eindringlinge konnten von der Polizei ermittelt werden.

Ein neues schweres Bergwerkunglück ereignete sich auf der Raffelengrube in Beuthen. Dort brach am Sonntagabend im Transformatorraum ein Brand aus. Die Ursache dieses Brandes arbeitenden Bergleute können sich nicht retten. Versuche, die bisher unternommen wurden, um die Abgeschütteten herauszuholen, waren wegen der starken Rauchgase und der großen Hitze erfolglos. Es besteht wenig Hoffnung, die fünf Bergleute lebend zu bergen. — In dem gestern gemeldeten schweren Brandunglück auf dem Anselmerschacht in Oberschlesien wird aus Ratibor gemeldet, daß dort von einem solchen Unglück nichts bekannt ist. Der Anselmer Schacht liegt nicht im Kreise Ratibor, sondern in der Tschechoslowakei.

Bekämpfung falscher Dokumente. Die Breslauer Behörden sind mit der Aufdeckung einer Kiefenbetrugsaffäre beschäftigt. Es handelt sich um mehrere Schwindler, die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb gefälschter Dokumente befassen, mit denen die Inhaber vermutlicht in die Lage versetzt werden sollten, sich bei einer Universität immatrikulieren zu lassen. Außerdem haben sie auch politische wichtige Papiere angefertigt, auf Grund deren die Entente, wie man annimmt, besondere Anordnungen in Deutschland habe ergreifen lassen.

Panik im Hamburger Hafen. Der Dampfer „Solur“ wurde, als er die Hamburger Hafeneinfahrt passierte, feuertlos. Der Dampfer trieb mit dem Strom nach den St.-Pauli-Landungsbrücken und gegen die dort dicht mit Arbeitern besetzten, zur Abfahrt nach den Werften bereitliegenden Fährdampfer. An Bord der Fährdampfer entstand eine fürchterliche Panik. Die Arbeiter sprangen in dichten Haufen vom Deck auf die dort liegenden Pontons. Viele kamen dabei zu Fall und wurden verletzt ins Hafensrankenhaus gebracht. Im letzten Moment griffen Hafenschleppdampfer ein und brachten den Dampfer wieder aus dem Strom und zum Stegplatz. Die Fährdampfer haben starke Beschädigungen erlitten.

Im Wasserflugzeug über den Ozean. Französische Blätter melden, daß in Lissabon ein Wasserflugzeug gestartet ist, das Rio de Janeiro erreichen will. Das bedeutet eine Luftreise von 8000 Kilometer über den Atlantischen Ozean. Auf den Kanarischen Inseln und auf der Insel Saint Vincent sollen Zwischenlandungen vorgenommen werden.

50 000 Seehunde in einer Woche. Aus Montreal wird gemeldet, daß die von Newfoundland zur Jagd auf Seehunde ausgegangene Flottille in der ersten Woche ihrer Tätigkeit 50 000 Stück der Tiere erbeutet hat. Das Unternehmen wurde durch Flugzeuge unterstützt, die, wenn sie die Meeresoberfläche sichten, den Schiffen Nachricht geben. So dient im kapitalistischen Betriebe jeder technische Fortschritt zunächst dem Raubbau an Mensch und Natur.

Zuchthausstrafen für Minderberung. Das Schmutgericht in Arnsherg verhandelte gegen 41 Personen, die der Teilnahme an den Minderberungen in Siegen und Weidenau im August vorigen Jahres bezichtigt waren. Sämtliche Angeklagte wurden verurteilt und zwar bewegten sich die verhängten Strafen zwischen acht Monaten Gefängnis und zwei Jahren und acht Monaten Zuchthaus.

Zeitschriftenchau.

„Volkstümliche Einführung in das Marx-Studium“ von Paul Fischer. Durchgesehen und vervollständigt von Paul Kampffmeyer 1922. (Verlag J. S. W. Dieck Nachf. und Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68. — Preis 6 Mark.) Das kommunistische Moskauer überschüttet die Arbeiterwelt mit einem wahren Flutregen von Flugchriften, die tendenziös die Lehren von Karl Marx verzerren. Dadurch wurde und wird immer noch in der politischen Praxis eine heillose Verwirrung in den Köpfen des politisch unergenen Proletariats erzeugt. Diese Tatsache macht eine volkstümliche Einführung der Arbeiterklasse in die Gesellschaftstheorie und in die nationalökonomischen Theorien von Karl Marx zu einer politischen Notwendigkeit. Die Schrift von Paul Fischer, die früher wegen ihrer volkstümlichen Darstellung in immer neuen Auflagen herausgegeben werden mußte, ist jetzt wesentlich erweitert worden, um den Nationalökonomien, Soziologen und Historiker Marx den Arbeitern völlig verstehen zu lehren. Die Schrift gibt überdies in knappster Zusammenfassung den Inhalt des „Marxismus“, „Kapital“ wieder. Das „Kapital“ wird als bahnbrechendes nationalökonomisches, soziologisches und geschichtliches Werk gewürdigt. Mit Hilfe dieser Einführung in das „Kapital“ wird der Arbeiter sich gründlich in das Studium des „Kapital“ vertiefen können.

Veranstaltungen-Anzeiger

- Deutscher Bauarbeiterverband.
Dienstag, den 4. April, nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Niedrige Seigen: Vertrauensmännerversammlung. — Mittwoch, den 5. April, nachmittags 5 Uhr im Weisknechtshaus: Außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Allgemeiner Freier Angestelltenbund, Ortskartell Danzig:
Delegiertenversammlung am Mittwoch, den 5. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Deventerplatz 1-2, Zimmer 50.
- Zentralverband der Fleischer: Mittwoch, den 5. April, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Deventerplatz: Generalversammlung.
- Gemeinde- und Staatsarbeiterverb.:
Mittwoch, den 5. April, abends 6 Uhr, bei Müller, Niedrige Seigen: Staatsarbeiterversammlung, Lohnsagen.

Danziger Nachrichten.

Die 20prozentige Abgabe zum Wohnungsbau.

Die in den letzten Tagen ausgetragenen Steuerzettel über die 20prozentige Wohnungsabgabe haben zu vielen Anfragen Anlass gegeben. Wir veröffentlichen nachstehend die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes, das im vorigen Jahr vom Volkstag beschlossen worden ist.

Das Gesetz bestimmt, daß die Abgabe ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbaues und zu Erhaltungszwecken verwendet wird. Von der Abgabe sind Gebäude befreit, die von der freien Stadt, den Gemeinden, Gemeindevorständen oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften für öffentliche Zwecke bestimmt sind, ferner die zum öffentlichen Unterricht oder wissenschaftlichen Forschungszwecken oder zur Förderung der allgemeinen wissenschaftlichen und künstlerischen Bildung bestimmt sind, ferner die Gebäude, die religiösen Zwecken solcher Religionsgesellschaften dienen, welche Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, weiter die Gebäude, die als Armen-, Waisen- oder öffentliche Krankenhäuser benutzt werden.

Die Abgabe wird nach der Miete vom 1. Juli 1914 berechnet. Bei später fertiggestellten Gebäuden oder Wohnungen wird der Betrag versteuert, der für gleiche Wohnungen am 1. Juli 1914 gezahlt worden wäre. Die Abgabe beträgt 20 Prozent. Sie ist vierteljährlich nachträglich zu entrichten und wird vom Mieter unmittelbar erhoben. Für Gebäudeteile, deren Mietvertrag seit 1914 um mehr als 100 Prozent gestiegen ist, wird eine Sonderabgabe bis zu 25 Prozent erhoben.

Von der Abgabe befreit sind Inhaber von 1-Zimmer-Wohnungen, wenn sie von mindestens 3 Personen, 2-Zimmer-Wohnungen, wenn sie von mindestens 6 Personen bewohnt sind. Das Kabinett wird als Zimmer angesehen, die Küche jedoch nicht. Bei der Berechnung der Belegziffer kommen außer dem Haushaltungsvorstand nur diejenigen Personen in Betracht, die nach den gesetzlichen Bestimmungen unterhaltsberechtigt sind. Ein Wechsel in der Belegziffer innerhalb des laufenden Jahres bleibt unberücksichtigt. Personen, die von der Entrichtung der Einkommensteuer befreit sind, können auf Antrag von der Zahlung der Abgabe befreit werden, sofern sie nicht mehr als 2 Wohnräume inne haben. Die Abgabe kann unerhoben bleiben, ohne daß die vorgenannten Voraussetzungen vorliegen, wenn die Erhebung der Abgabe unbillig erscheint.

Für übergroße Wohnungen wird eine besondere Wohnungsluxussteuer erhoben. Wohnungen sind im Verhältnis zur Zahl der Bewohner als überaus anzusehen, wenn für 1 Bewohner mehr als 2 Wohnräume, für 2 Bewohner mehr als 3 Wohnräume, für 3 Bewohner mehr als 4 Wohnräume, für 4 Bewohner mehr als 5 Wohnräume, für 5 und mehr Bewohner mehr als 6 Wohnräume vorhanden sind. Die Steuer beträgt nach der Zahl der Wohnräume, welche über die zugehörige Zahl hinaus vorhanden sind: für 1 überschüssigen Wohnraum 300 Mk. jährlich, für 2 überschüssige Wohnräume 600 Mk. jährlich, für 3 überschüssige Wohnräume 900 Mk. jährlich, für 4 überschüssige Wohnräume 1200 Mk. jährlich, für 5 überschüssige Wohnräume 1500 Mk. jährlich und für jeden weiteren überschüssigen Wohnraum weitere 2000 Mk. jährlich.

Das Gesetz trat am 1. Juli 1921 in Kraft. Die Steuer wird jetzt für 3 Quartale erhoben. Der Senat beschließt, die Wohnungsabgabe mit Wirkung vom 1. April d. J. auf 170 Prozent zu erhöhen.

Geheimnisse des Ernährungsamtes.

Der technische Kaufmann Walter B. in Danzig war vom Schöffengericht wegen Verleumdung einiger Angehöriger (Frau F., Fräulein W. und des Bureaudirektors G.) der Volkserziehungsabteilung des früheren Ernährungsamtes zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt. Der Angeklagte legte Berufung ein, da er den Wahrheitsbeweis liefern wolle, ihm der § 193 zur Seite stehe und ihm eine Gefängnisstrafe unrichtig erschien. Vor der Berufungsinstanz wurde die Sache bereits einmal verlagert. Gestern wurde sie in 9/10stündiger Verhandlung erledigt und auf eine Geldstrafe erkannt.

Der Klage lag folgender Sachverhalt zugrunde: In einer Versammlung der Gruppe 4 der Magistratsangehörigen kam zur Sprache, daß in der Volkserziehung mancher, wie man erzählte, nicht in Ordnung sei. Frau F. war dort Leiterin, und ihr zur Seite stand ihre Kusine Fräulein W. B. war Angehöriger, und er hatte auf Grund von schriftlichen Erklärungen behauptet, daß es in der Volkserziehung nicht richtig zugehe. Er wurde entlassen, weil er sich von dem Delegierten über diese Sache nicht vernahmen lassen wollte, sondern sich auf einen Untersuchungsausschuß berief. Durch die Entlassung wurde er arbeitslos. Der Bureauvorsteher hatte erklärt, wenn er seine Behauptung beweisen kann, dann würde er wieder eingestellt. In dieser Versammlung wurde die Gruppe als Mistabladepfad betrachtet. Der Angeklagte erklärte darauf: Nein, sogar als Mistabladepfad. In der Volkserziehung ziere eine Dame, die einen sehr großen Ton an sich habe. Dort werde geschoben und gestohlen. Auf die Frage, ob die Dame nicht entfernt werden könnte, sagte der Angeklagte: Nein, die werde von einem Bureaudirektor geschickt.

Die Verhandlung brachte einige interessante Einzelheiten. Der Bitterhändler W. wurde über die Frage vernommen, ob die F. Geschenke von den Kunden entgegengenommen habe. Nach längeren sehr eindringlichen Fragen des Vorsitzenden in dieser Beziehung gab W. zu, es sei möglich, daß F. dann und wann ein Stückchen Butter von seinen Verkäuferinnen erhalten hätte. Nicht eigentümlich berührte es, daß W. auf wiederholte Monita der Volkserziehung unregelmäßiger Markenablieferung wegen es überhaupt nicht für notwendig hielt, darauf zu antworten, und daß dann von Seiten der Volkserziehung auch nichts weiter gegen ihn erfolgte.

Eine eigentümliche Rolle soll auch der kommunistische Abgeordnete Zietkau in dieser Angelegenheit gespielt haben. Der Angeklagte hat sich mit seinem Material zuerst an ihn gewandt und dieser hatte sich mit echt „revolutionärer“ Begeisterung zunächst der Sache sehr angenommen und zu verschiedenen Angehörigen des Beamtenausschusses geäußert, daß die Sache für Z. glänzend stünde. Plötzlich ließ Zietkau aber die Angelegenheit fallen. Angeblich geschah das auf den

Wink eines bekannten Parteiführers der Unabhängigen Plz. Charakteristisch war hierzu die sichtlich bekundete Aussage eines Zeugen, wonach Zietkau geäußert haben soll: „Was sind denn sechs Dutzend Butter, davon bleibt leicht hier und dort etwas zu leben!“

Während der Verteidiger des Angeklagten den Wahrheitsbeweis als erbracht ansah, verzog der Staatsanwalt die Auffassung, daß der Beweis völlig mangelhaft sei. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Die Behauptungen des Angeklagten sind heftig. Der Wahrheitsbeweis für die Grobheit der Frau F. ist gelungen. Sie gebrauchte Worte, wie Perl, Nas und Schwein. Das Wort Mistabladepfad bedeutet aber eine formale Verleumdung. Im übrigen ist der Wahrheitsbeweis nicht gelungen. Es ist nicht erwiesen, daß gestohlen oder geschoben worden ist, oder daß der Direktor zu den Damen intime Beziehungen unterhielt. Bei der Strafzumessung wurde berücksichtigt, daß der Angeklagte ein kranker Mann und mit Gefängnis noch nicht bestraft ist, andererseits die Schwere der Verleumdung. Es wurde auf 500 Mark Geldstrafe erkannt.

Magere Vollmilch.

Folgende Polizeiverordnung wird uns zur Veröffentlichung übermitteln:

Auf Grund der §§ 5 ff. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 148 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird hiermit unter Zustimmung des Senats, Stadtverwaltung Danzig, folgendes verordnet:

§ 1. Milch, die in keiner Weise entrahmt oder sonst in ihrer natürlichen Zusammenstellung verändert ist, darf bis 30. April 1922 entgegen der für den Stadtbezirk Danzig geltenden Milchpolizeiverordnung vom 2. Juli 1908 als Vollmilch auch dann verkauften werden, wenn sie weniger als 27 v. H., aber nicht unter 22 v. H., Fettgehalt hat, jedoch erst dann, wenn der Disziplinärbehörde zuvor eine Anzeige über die Menge, den Herkunftsort und Staat der Milch mitgeteilt (telephonisch) oder schriftlich erstattet ist.

§ 2. Wer ohne vorherige Anzeige Milch mit geringerem Fettgehalt als 27 v. H. als Vollmilch verkauft, wird nach Maßgabe der Milchpolizeiverordnung vom 2. Juli 1908 bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Die Veranlassung zu dieser Verordnung soll dadurch gegeben sein, daß durch die schlechten Futterverhältnisse teilweise ein natürliches Sinken des Fettgehaltes hervorgerufen sein soll. Da erst mit dem Eintreten der Weide mit einer Besserung zu rechnen ist, will man bis dahin die oben mitgeteilten Ausnahmen — die bereits allgemein in Erscheinung getreten sein sollen — zulassen. Angesichts des neuerdings wieder außerordentlich gesteigerten Milchpreises keine erfreuliche Erscheinung. Hoffentlich wird aber wenigstens dafür gesorgt werden, daß diese Ausnahme keine Regel wird und vor allen Dingen nicht dazu dient, die stellenweise bessere Milch auf ebenfalls sehr „natürlichem“ Wege zu entketten. Der Milchwucher ist bereits in der Preisgestaltung unerkennbar, so daß dem Kauf der Boden ausgeschlagen würde, wenn nun allgemein noch eine verstärkte Panktscherer Platz greifen würde.

Straßenraub.

Gestern begann die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Richter. Die erste Verhandlung richtete sich gegen den Arbeiter Stephan Körner aus Danzig, dem Straßenraub zur Last gelegt wurde. Der Landarbeiter Schmidke war am 21. Januar nach Danzig gekommen und ging nach Erledigung der Posaengelegenheiten nach dem Hauptbahnhof von weiterzureisen. Da es mittlerweile dunkel geworden war, fragte er mehrere am Hauptbahnhof stehende junge Leute nach einem Nachtquartier. Zwei der jungen Leute, darunter Körner, führten Schmidke nach der dunklen Behlmsbüchsenhintergasse, wo Körner plötzlich von dem Landarbeiter Geld verlangte. Zur Unterstützung seiner Forderung hielt K. dem Schmidke einen Revolver auf die Brust. Der Bedrohte zog dann seine Brieftasche um jedem 50 Mark zu geben. K. entriß die Brieftasche und entfloh. Der Ueberfallene ging zum Hauptbahnhof zurück und konnte hier durch Nachfragen die Persönlichkeit der beiden Uebeltäter feststellen. Der Angeklagte war nach der Tat geflüchtet. Am Schießischen Bahnhof in Berlin verübte er ähnliche Taten. Der Angeklagte bestritt, dem Schmidke einen Revolver auf die Brust gefehlt zu haben. Der Raub der Brieftasche gab K. zu. Er will darin nur 50 Mark gefunden haben. Der Ueberfallene behauptet, daß 800 Mark darin waren. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust wegen Straßenraub. Der Komplize des Körner ist wegen der Tat bereits mit Zuchthaus bestraft worden.

Wer stand höher?

Bei der Aussprache über die Schwangerenfürsorge standen im Volkstage zwei weibliche Abgeordnete einander gegenüber. Rins trat auf die Arbeiterfrau Döll und rechts Frau Dr. Stremme. Eine ihrer Ausführungen war für beide besonders charakteristisch und als Gradmesser des sittlichen Empfindens zu bewerten.

Begunnehend auf die Mutter des jugendlichen Mörders im Thornschen Weg sagte Frau Dr. Stremme: „Die Mutter wird den Tag versuchen, an dem sie diesem Kinde das Leben gab.“ Dem entgegen hielt die Arbeiterfrau Döll: „Wenn ich Mutter dieses Jungen wäre, so würde ich ihn mehr als bisher lieben.“

Welche der beiden Damen stand nun auf Sand und welche auf dem festen Grunde sittlicher Grundzüge? Ist es der durch Studium volgetriebene Kopf oder das durch natürliches Empfinden geleitete Mutterherz?

Frau Dr. Stremme! Wo finden Sie auf dem Gebiete der religiös-sittlichen Erziehung Beweise dafür, daß eine Mutter ihr gefallenes, verlorenes Kind versuchen darf und versuchen wird? Sie kennen doch die Geschichte vom verlorenen Sohn, der sich bittend unter Mitnahme seines Erbteils vom Vater trennte, in Fressen, Saufen und Sinnenlust sein Hab und Gut verbrachte und dann zum Schweinehund wurde. Nach diesem Sohn schaut der Vater sehnsüchtig aus, läßt freudenvoll ihm entgegen, da er ihn endlich kommen

sieht, mit Armen verflochten es den sich zur Weile öffnenden Mund und bracht inbrünstig aus Vaterherz den, der verloren war und nun wiedergefunden ist.

Frau Dr. Stremme, was soll dieser liebende Vater zu Ihrer Meinung über das Kind sagen; er würde Sie viel lieber noch abfangen als den älteren Sohn, der, kaum so hart wie Sie, den Bruder von sich löst; Sie wollen aber sogar dem Arme fluchen.

Frau Dr. Stremme, kann auch eine Mutter ihres Kindes vergessen? Denken Sie doch an den Waidwurzchen, der gerumpelt, beschmutzt und sonnenverbrannt mit entstelltem Gesicht (das soll doch heißen: als Verbrecher nach Strafverbüßung) heimkehrt, und den nun weder Freund noch Braut mehr kennen wollen, den sie keines Blickes, seines Grußes würdigen, auf den alle mit Fingern zeigen, nach dem die Welt mit Steinen wirft, der findet ausgebreitete Mutterarme und einen Platz an der Mutterbrust; denn die Mutterliebe hört nimmer auf.

Frau Dr. Stremme, wollen Sie denn nur Sonnenlinder lieben? Sehen Sie, die Arbeiterfrau, Frau Abgeordnete Döll, will wie St. Johannes den Verlorenen nicht lassen. Dieser Johannes folgte dem Räuber und suchte ihn in seinen Schlafpforteln auf und will wohl sein Leben, aber nicht von seiner Liebe zum Sohne lassen. Und wie schön klang es, als Frau Döll sagte: „Wenn ich Mutter dieses Jungen wäre, so würde ich ihn mehr als bisher lieben!“

Wer schneidet beim Vergleiche besser ab, wer stand höher: die gelehrte Frau oder die Frau aus dem Volke? B. D.

Eine abgelegte Arbeitslosenversammlung.

Die für heute vormittag 11 Uhr anberufene Arbeitslosenversammlung kam wegen schlechten Besuches nicht zustande. Der Vorsitzende des Arbeitslosenrates führte den schlechten Versammlungserfolg auf Maßnahmen des Arbeitsamtes zurück. Entgegen der früheren Gepflogenheit, an Versammlungstagen nur bis 10 Uhr auf dem Arbeitsamt zu stempeln und das weitere Stempeln durch den Arbeitslosenrat in der Versammlung vornehmen zu lassen, wurde heute wie an gewöhnlichen Tagen nach Buchstaben gestempelt. Die Versammlung wurde auf nächsten Dienstag vertagt.

Der Dampferverkehr Danzig-Marienburg wird am Freitag, den 7. April, wieder aufgenommen. Der Dampfer wird jeden Montag und Donnerstag, 7 Uhr früh, ab Danzig und jeden Dienstag und Freitag, 10 Uhr vormittags, ab Marienburg verkehren. Für die Fahrten ist das politische Wismar nicht erforderlich. Die Fahrten sind so gelegt, daß die Dampfer die aus dem Hinterlande von Marienburg (Marienwerder, Dt. Eylau, Allenstein usw.) eintreffenden Morgenzüge abwarten werden und die von Marienburg abgehenden Nachmittagszüge erreichen.

Händelschen-Diebstahl im Warenhaus. Gestern vormittag ist in einem stilligen Warenhause wieder ein dreister Taschendiebstahl verübt. Einer Frau, die im Parterre des Warenhauses ihre Einkäufe besorgte, wurden aus der Handtasche 11000 Mk. gestohlen. Als Täterin kommt ein junges Mädchen in Betracht, das durch Herandrängen an das laufende Publikum aufstell. Trotz sofortiger Verfolgung gelang es nicht, sie festzunehmen.

Strafbare Vogeljagd. Es ist die Wahrnehmung gemacht, daß in letzter Zeit nächtliche Vögel wie Eulen, Turmfalcken, Bussarde, Eichel, Kröte und andere mehr in verhältnismäßig großer Zahl zum Abschluß gelangten. Die Tötung dieser Vögel, die Vernichtung ihrer Eier und ihrer Brut ist strafbar. Der Landwirtschaft wird durch ihren Abschluß ein verhältnismäßig großer Schaden zugefügt, da sie sich in der Mehrzahl durch Aufzucht sehr nützlich machen. Es sind die Polizeibehörden angewiesen, Uebertretungsfälle zur Anzeige zu bringen. In gleicher Weise möchte der Abschluß von in unserer Gegend sehr selten vorkommenden Vogelarten wie Schwarzkopfbuch, Stelldachler, Kormoran, Wandersalpe unterbleiben, zumal auch diese Tiere abgesehen von ihrer Nützlichkeit zur Belebung unserer heimischen Natur beitragen.

Polizeibericht vom 4. April 1922. Festgenommen: 8 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen großen Unbuchs, 1 zur Festnahme aufgegeben, 3 in Polizehaft. — Unbuchslos: 1 Person. — Gefunden: 1 leere schwarze Brieftasche, 1 schwarze Brieftasche mit Papieren für Johann Raabe, Häfengasse 11, 1 katholische Gebetbuch, 2 Tafeln Briefmarken, 1 schwarze Gelbheintasche mit politischem Vortierloß, Wistenerarten und Marke vom Schuhhaus Peller, 1 Sofaflissen, 1 Besag, 2 Hüsen, Strümpfe und Schürze, 1 blauer Damirock, 1 Militärpfeife für Paul Schinka und eine Mantelkette mit Knopf, 6 Schlüssel am Ringe, 9 Schlüssel am Ringe, 1 Herrenuhrkette, 1 blauer Marktbeutel mit Ringe, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums. 1 kleine goldene Brosche, abgehoben von der „Danziger Zeitung“, Kettnerhagergasse, 1 goldener Ohrring, abgehoben von Frau Neumann, Große Allee 50. — Verloren: 1 schwarze Handtasche, enthaltend 1 Portemonnaie mit 100 Mark, Schlüssel, Messer, Paß usw. für Erna Flemming, abzugeben im Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Unser heutige Stadtauslage liegt ein Prospekt der „Danzig“, Versicherungs-Aktiengesellschaft, bei, worauf wir aufmerksam machen.

Standesamt vom 4. April 1922.

Todesfälle: Arbeiter Bernhard Krowitz, 15 J. 6 M. — Köfereibehrer Theodor Jabe, fast 71 J. — Witwe Hulda Oberbach geb. Rathke, fast 82 J. — Pflanzling Johann Dominik, 77 J. 9 M. — Maler August Keschke, 53 J. 7 M. — Rentiere Anna Schmudt, 66 J. 5 M. — Arbeiter Heinrich Graf, 72 J. 1 M. — S. d. Lagermeisters Artur Stellmacher, 12 J. — Unehelich: 2 Söhne.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Dollische Mark:	8,17—8,22	am Vortage	8,17
Amer. Dollar :	325—326	"	316
Englisches Pfund:	1400	"	1360

Waherlandsnachrichten am 4. April 1922.

Jowischost . . .	+ 2,85	+ 2,60	Kurzbradt . . .	+ 3,49	+ 3,48
Wartchau . . .	+ 2,4	+ 2,4	Montauerpöpe . . .	+ 3,72	+ 3,68
Ploak	+ 3,12	+ 2,89	Diesch	+ 3,94	+ 3,96
Thorn	+ 3,05	+ 2,88	Dirschau	+ 3,06	+ 3,06
Jordon	+ 3,04	+ 2,91	Einlage	+ 2,74	+ 2,76
Tulm	+ 3,19	+ 3,11	Schiewenhörs . . .	+ . . .	+ . . .
Graudenz	+ 3,58	+ 3,52	Nogat	+ . . .	+ . . .
			Schöna D. P.	+ 6,68	+ 6,65
			Walgenberg D. P. . .	+ 4,60	+ 4,64
			Neuhorsterbusch . . .	+ 2,94	+ 2,90
			Anwachs	+ 0,91	+ 1,00

Reichsminister Dr. Röster über die Presse.

Bei der zweiten Lesung des Etats des Reichsministeriums des Innern erklärte Minister Genosse Dr. Röster u. a.: Zum geistigen Wiederaufbau gehört auch die Sorge für den geistigen Arbeiter.

Polen rückt weiter.

Aus Warschau wird gemeldet: In der Militärkommission erklärte Liebermann (S.), daß die von der Regierung beabsichtigte Einführung der zweijährigen Dienstzeit unmöglich sei.

Verantwortlich für Politik Ernst Doops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva.

Künkehu.

Reizvollster Langenmarkt. Schon die Tatsache, daß neben den, sich nun schon über ein Jahrzehnt hindurch wacker und ewig gleichbleibenden Liebesdramen, Kriminalromanen und Schwereidler-Lustspielen noch etwas anderes im Kino geboten werden kann, verdient Beachtung.

Central-Theater. In vier Einakterfilmen sind einige der wichtigsten Kriminalfälle außerordentlich geschickt und wirkungsvoll verarbeitet. Ihre Wirkung liegt zum größten Teil darin, daß man endlich davon Abstand genommen hat, den Stoff unter allen Umständen zu 5 Akten auseinanderzulegen.

Reizvollste Schiffschiffe. Der Abschluß des Sensationsfilms „Der geheimnisvolle Dolch“ bringt die (Er-)Lösung der spannenden Momente der aufregend gestalteten Verbrechen.

Volkswirtschaftliches.

Die gleitende Lohnskala.

Man schreibt uns: Es dürfte verfehlt sein, eine solche „Skala“ als Privatabkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzuführen.

Können diese Verluste erspart werden? Mit der gleitenden Lohnskala wahrscheinlich. Die maßgebenden Stellen der Regierung treten mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen in Verhandlungen ein, um zunächst ein ausreichendes Mindesteinkommen festzusetzen.

Man wird vielleicht einwenden, dann brauchen wir überhaupt keine Organisationen mehr. Aber das trifft nicht zu. Die Gewerkschaften werden immer unsere Kampforganisationen bleiben; denn es gibt ja noch andere Dinge zu behandeln, wie die regelmäßigen Lohnausgleichungen.

Miesengewinne der Industrie. Die Industrie muß die Konjunktur gründlich aus, das beweisen die Abschlüsse verschiedener Unternehmen. H. Lörts-Bereinigter Harburger Zellfabriken verteilen 76 Prozent und ebenso die A.G. für Chemische Industrie in Wessenthusen-Schälde 76 Prozent Dividende.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Hochspannungsleitung Schmittsteg - Schichtankolonie - Langfuhr soll auf Grund der dafür aufgestellten Bedingungen in öffentlicher Verdingung in sieben Losen vergeben werden.

Danzig, den 4. April 1922. (6378) Amt für Elektrizitäts- und Wärmewirtschaft.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper. Heute, Dienstag, den 4. April, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten A 2. Erstes Gastspiel Bruno Nicolini vom Stadttheater in Münster als Gast auf Engagement: Lannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg von Richard Wagner.

Sonntag, 9. April, 7 1/2 Uhr, Schützenhaus Arien und Lieder JADLOWKER Karten v. 8.- bis 40.- in d. Buchhandlung John & Rosenberg, Kohlenmarkt 13. (6337)

Wilhelm-Theater vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Norman. Morgen, Mittwoch, den 5. April, abends 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 8 Uhr. „Der Obersteiger“ Operette in 3 Akten von Karl Zeller.

Die Führer „Jugend“ erscheint monatlich zweimal in Doppelheften am 1. u. 15. Überall zu haben! Bezugspreis vierteljährlich M. 30.- Einzelpreis der Nummer . . M. 6.-

Reichshof-Palast Danzigs vornehmstes Weinhaus und eleganteste Bar. 5-Uhr-Tanz-Tee Geschwister Brunau das unübertroffene russisch-kaukasische Tänzerpaar Katta und Stany mondänes Tänzerpaar. Palast-Orchester, Kapellmeister Wenz Ab 7 1/2 Uhr: Soupers und a la carte (6375)

Liga-Gummi-sohlen, äußerst gut bewährt. Gummiabsätze in allen Formen und Größen. Filz-Unternäh- und Einlegesohlen. Ia Schuhcreme u. Lederfett. Ia Schnürsenkel, weiß und farbig, sowie (6050) täglich frischen Schleder - Ausschnitt empfiehlt Carl Fuhrmann, I. Damm 21.

Kleine Anzeigen in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Stroh-Panama-Velour-Filz-Hüte für Damen und Herren werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit umgepreßt, gewaschen und gefärbt. Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß Annahmestelle zur Lawendelgasse Nr. 6-7. (gegenüber der Markthalle). (6116) Schwänen-Drogerie.

Volkspflege, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft - Sterbekasse. - Kein Polzeiverfall. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsstelle 16 Danzig Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Stenographie Einzelunterricht 497 Tages- und Abendkurse Otto Slade, Neugarten 11.

Sämtliche Malerarbeiten werden zu mäßig. Preisen ausgeführt. Off. u. M 426 an die Exped. d. Btg. (+)

Maschinendrehen auch auf poln. Maß. Tages- und Abendkurse Otto Slade, Neugarten 11, I

Eine 5-akkord. Zither mit Noten zu verkaufen Engelmann, Hinter Wölers Brauhaus 23, II. (+)

Ein Kinder-Ausziehbettgestell zu verkaufen. Böhrmann, Bischofsberg 11. (+)

Gut erhaltene Bücher für Mädchen-Mittelschule zu verkaufen. Wojan, Breitgasse 27. (+)

Wachsam. Hühner zu verkaufen. Westfal, Oliva, Ludolphiner Straße 27. (+)

Kleine Laube zu kauf. gef. Off. u. M 44 an die Exped. d. Btg. (6379)